

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin C2, An der Stralauer Brücke 6, IV
Tel. 4 Berolina 2095 — Postscheckkonto: Berlin 10301

Erscheint alle 14 Tage Sonntags

Der **43. und 44. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 20. Oktober bis 2. November ist fällig.

Der Wille zur Macht.

Wollt! Menschenwille ist des Menschen Schicksal!
Wildenbruch.

Der große Wurf ist gelungen! Das von allen heißersehnte, in seiner Form oft umkämpfte, in seinem wesentlichen Kern aber einheitlich gewollte und erstrebte Ziel ist erreicht. Der Anschluß an eine größere Organisation ist erfolgt, eine weit größere und stärkere sogar, als einst gedacht. Der „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und der Personen- und Warenverkehrs“ ist entstanden und wir Gärtner und Gärtnerarbeiter sind mitten darin. Doch nicht etwa darin untergegangen, wie daraus geschlossen werden könnte, daß in seinem Namen nichts eigentlich anklingt an unser Berufsgebiet, sondern, wie unsern Mitgliedern längst bekannt, mit gleichen Rechten als eine besondere **Reichsfachgruppe** eingegliedert, wie viele andere Berufe, deren Bezeichnungen alle in einem Verbandsnamen zum Ausdruck zu bringen, eben nicht gut möglich ist.

Erstanden ist eben ein gewerkschaftlicher Einheitsverband, der alle die Arbeitnehmer der Berufe, Betriebe und Industrien, die durch die fortschreitende Zusammenballung des Kapitals in privater und öffentlicher Hand nun schon miteinander in Berührung und Verbindung gekommen sind, zu einheitlichem Wirken ebenfalls in einem „Gesamtverband“ organisch zusammenfaßt.

In welcher Form, Art und Weise das am besten geschieht, ist nun bereits sehr eingehend beraten worden, mußten doch für ein einheitliches Zusammenwirken Richtlinien, Programme und Satzungen geschaffen werden. Aber diese sehen doch auch — eine weise, auf langjährigen Erfahrungen beruhende Vorsorge — Einrichtungen vor, die eine weitere und immer bessere Ausgestaltung gewährleisten. Gerade darin sehen wir vom Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter auch unser Streben verwirklicht. Der Anschluß unseres Verbandes an eine andere, natürlich stärkere Organisation, war uns niemals Selbstzweck. Gewiß, wir litten auch unter der finanziellen Enge, die die eigenartigen Verhältnisse unseres Berufes mit ungeklärter Rechtslage und zerrissener Arbeiterschaft mit sich brachte. Aber unserer gesamten Mitgliedschaft ging und geht es nie um persönliche Vorteile etwa in Gestalt möglichst hoher Unterstützungen und sonstiger Verbandsleistungen. Die Hauptsache war und ist uns der Kampf gegen die vom gärtnerischen Unternehmertum geübte Unterdrückung und Entrechtung.

Dieser Kampf aus Mangel an den erforderlichen Mitteln nicht immer bis zum völligen Siege durchhalten oder gar etwa einem gemeinsamen Angriff der Arbeitgeberverbände unseres Berufes nicht genügend standhalten zu können, das war das Niederdrückende. **Der Wille zur Macht**, der Macht, die unseren reaktionären Arbeitgeber gegenüber geboten ist, beseelte uns bereits die ganzen langen Jahrzehnte hindurch. Er war stets unsere Richtschnur bei allen Diskussionen über den Anschluß unseres Verbandes an andere Organisationen.

Darum konnte auch der seinerzeitige Plan einer Verschmelzung mit den Landarbeitern nicht zur Verwirklichung gelangen. Der Kampf der Landarbeiter ist ein fast noch schwererer als der unsrige. Deshalb war von ihren schwachen Mitteln keine Hilfe zu erwarten, unser Weg zur Macht konnte von ihnen uns nicht mitbereitet werden. Eher können wir ihnen einmal Vorkämpfer und Wegbereiter werden und werden es gern sein, wo es möglich und erwünscht ist. Eine Verbindung mit den Landarbeitern hätte uns andererseits, durch Verlust weiterer Schichten bestimmter Berufsgruppen, Kräfte gekostet.

Das wäre in gewissem Umfange auch wohl der Fall gewesen, wenn die vor zwei Jahren erwogene Verbindung mit den Ver-

bänden der Nahrungsmittelarbeiter zustande gekommen wäre.

Dagegen bietet uns die jetzige Lösung der Anschlussfrage die Gewähr, nicht nur alle Gruppen unseres bisherigen Verbandes zu halten, sondern die Zahl der gewerkschaftlichen Streiter um das Doppelte zu vermehren durch den Hinzutritt von 11–12 000 Kollegen aus den Reihen des bisherigen Gemeindearbeiterverbandes.

Damit wird für unsern Beruf die volle gewerkschaftliche Einheitlichkeit,

der Einheitsverband,

unser sehnsüchtiges Streben und Ideal, Wirklichkeit.

Die möglichst vollkommene Einheitlichkeit aber ist der einzige Weg zur Macht. Er liegt nunmehr offen vor uns. Hat unser Wille, diesen Weg zu erreichen, ihn zu bereiten und ihn gangbar zu machen, nunmehr seine Erfüllung gefunden, so wird uns auch

der Wille zur Macht

diesen nun vor uns liegenden Weg beschreiten lassen und uns zum Ziele führen. Je größer die Schar ist, die diesen Willen zur Macht mit uns teilt, desto eher wird es möglich sein, ihn zur Tat werden zu lassen.

Die 13. Generalversammlung.

Der Verbandstag, der die letzte Generalversammlung unseres bisher selbständigen Verbandes sein sollte, fand am 7. und 8. Oktober in der „Neuen Welt“ — ein symbolischer Tagungsort — zu Berlin statt. Er wurde gebildet von 23 Delegierten, deren Mandate sämtlich in Ordnung waren. Ferner nahmen teil sämtliche Mitglieder des Verbandsvorstandes und des Verbandsbeirates, der Vorsitzende des Ausschusses und alle Gauleiter. Zu Vorsitzenden wurden bestimmt die Kollegen Busch und Haucke, in die Führung des Protokolls teilten sich mehrere Gauleiter. Eine größere Anzahl interessierter Kollegen wohnte, besonders in den Nachmittagsstunden, den Verhandlungen als Gäste bei.

Der Verbandstag hatte die Freude, als Vertreter der Gärtnersektion des Österreichischen Landarbeiterverbandes, den Kollegen Rieder-Wien, ferner vom Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiterverband der Schweiz, dem auch die Gärtner angehören, den Kollegen Büchi-Zürich, sowie unsern alten, aber noch immer jungen Vorkämpfer Otto Albrecht, jetzt Oberregierungsrat im Preußischen Landwirtschaftsministerium, begrüßen zu können. Kollege Leipart vom ADGB, nahm am zweiten Verhandlungstage Gelegenheit, für einige Stunden der Diskussion zur Verschmelzungsfrage interessiert zu folgen, an der sich dann auch Kollege Dittmer vom „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, beteiligte. Tief empfunden wurde besonders die Begrüßungsrede Albrecht's, der wohl der Berufendste war, einen geschichtlichen Umriß der Gärtnerbewegung zu geben, sieht er doch seit 1889 aktiv in ihr, hat ihr 22 Jahre lang, von 1898 bis 1920, führend gedient. Aber auch seitdem er nicht mehr aktiv im Verbandsrat tätig ist, hat er alle seine Unternehmungen mit Aufmerksamkeit ständig beobachtet und innerlich miterlebt.

„Ich bin auch heute ganz bei der Sache“, versicherte er uns, „und ich beglückwünsche Euch zu dem Schritte, den ihr jetzt tun werdet. Ich beglückwünsche Euch dazu nicht bloß um deswillen, weil ich mit Euch hoffe und gewiß bin, daß Euer Verband für seine Kämpfe einen stärkeren Rückhalt erhalten wird, sondern auch sonst erfolgreichere Arbeit zu erwarten ist. Mein Glückwunsch verbindet sich darüber hinaus mit jenem Gedanken, den ich als den gewerkschaftlichen Einheitsverbandsgedanken bezeichnen möchte.“

Das, was die drei Verbände jetzt als Einheit schaffen werden, hat gar nichts mehr gemein mit dem Begriff „Berufsverband, Industrieverband, Betriebsorganisation, Regie-Verband“. Dieses Unternehmen greift über alle

diese Begriffe weit hinaus. Es ist, in seiner Auswirkung betrachtet, nichts mehr und nichts weniger als die erste große und kühne Tat zur Schaffung des gewerkschaftlichen Einheitsverbandes, zu der Zeit und Verhältnisse längst reif scheinen. — Zu neuem Schaffen rufen neue Tage. Vorwärts zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen."

Den Kollegen Maetzke-Dresden und Reitt-Hellbrock, weiteren Veteranen unserer Bewegung, sandte der Verbandstag telegraphische Grüße. Von Koll. Reitt ging uns darauf folgende Antwort zu:

"Werte Kollegen! Für das mir vom Verbandstage gesandte Telegramm sage Euch meinen herzlichsten Dank.

Nun laßt es aber genug sein mit den Ehrungen, sonst glaube ich zuletzt selbst, etwas außergewöhnliches geleistet zu haben. Es war wirklich nicht viel. Wenn ich einen Posten annehme, so halte ich es auch für meine Pflicht, mein Möglichstes zu tun, und erwarte es auch von jedem anderen.

Den bevorstehenden Zusammenschluß mit den Transportarbeitern, Gemeindearbeitern usw. begrüße ich hauptsächlich aus dem Grunde, weil er meines Erachtens für die Gärtner die Vorteile bietet. Unsere gegnerischen Organisationen sind ja längst so kalt gestellt, ein Hemmschuh für die Weiterarbeit blieb aber der Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, der uns schon zu meiner Zeit die von uns organisierten Kollegen in den Stadtgärtnereien und auf Friedhöfen wegnahm. Gerade die alten ansässigen Kollegen, die wir doch selbst so nötig brauchten. Das ist nun auch überwunden und der Weiterentwicklung der Gärtnerbewegung der Weg frei gemacht.

Soweit ich die Leiter des Deutschen Verkehrsbundes kenne, werden Sie nach dem Zusammenschluß der Eigenart des Gärtnerberufes Rechnung tragen und Euch genügend Ellenbogenfreiheit lassen, und die müßt Ihr Euch auf alle Fälle wahren.

Also meine besten Wünsche für die Weiterentwicklung der Organisation zum Besten des Gärtnerberufes!"

Der Geschäftsbericht

war eingehend schriftlich 'erstattet, so daß er verhältnismäßig schnell erledigt werden konnte, um so mehr als er einhellige Billigung fand. Da er gedruckt herausgegeben wird, so hat unsere Kollegenschaft in den Zahlstellen und Ortsverwaltungen noch Gelegenheit, ihn eingehend durchzusehen und in den Versammlungen durchzusprechen. Ein Heraus Schälen der reichen Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten kann unserer Bewegung nur zum Nutzen gereichen. So können wir uns hier darauf beschränken, in einigen kurzen Sätzen das Wesentlichste aus dem Geschäftsbericht herauszuheben.

Die Mitgliederzahl erfuhr eine Steigerung von 9670 auf rund 11000, wobei die dauernde starke Arbeitslosigkeit in der Gärtnerei zu beachten ist, die z. B. im Durchschnitt des Jahres 1928 15 Prozent betrug, im Februar 1929 aber bis auf 42 Prozent anstieg. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse konnten in den Lohnbewegungen, denen allerdings auch einige Streiks Nachdruck verleihen mußten, gute Erfolge erzielt werden; der Reallohn konnte gehoben, die Arbeitszeit — vor allem in den Handelsgärtnereien — nicht nur wieder erheblich verkürzt, sondern auch auf die einheitliche Linie gebracht werden, die der vorhergehende Verbandstag aufgestellt hatte. In Verbindung mit diesen Kämpfen wurden auch auf dem Gebiete des heiß umstrittenen gärtnerischen Arbeitsrechts erfreuliche Fortschritte erzielt. Neben einer Reihe günstiger Urteile höherer Gerichtsstellen konnte die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts herbeigeführt werden, die den gewerblichen Charakter der Gärtnerei anerkennt. Den Bestrebungen der Unternehmer, von der Arbeitslosenversicherung freizukommen, konnte — abgesehen von einigen Ausnahmefällen — erfolgreich entgegen gewirkt werden. An der gewerkschaftlichen Schulung der Mitgliedschaft, an ihrer allgemeinen und beruflichen Weiterbildung ist mit Eifer und gutem Erfolge gearbeitet worden.

Noch am ersten Tage konnte Kollege Busch über die Verschmelzungsfrage referieren; die Aussprache mußte allerdings auf den zweiten Tag verschoben werden, da inzwischen die Zeit für den vorgesehenen Vortrag des Gartenbau-Oberinspektors Kronenberg von der Gärtnerischen Lehranstalt über

"Die Technik in der Gärtnerei"

herangekommen war. Dieser Vortrag beschränkte sich leider nur auf ein Teilgebiet, den Gemüse- und Obstbau, vermied auch, die Lehren und Konsequenzen aus der durch enorme technische Fortschritte erreichten Rationalisierung zu ziehen.

In einer ausgedehnten hochstehenden Aussprache wurde das von einer Reihe unserer Verbandsdelegierten nachgeholt. Wir hoffen, den Vortrag des Herrn Kronberger noch, wenigstens auszugeweiht, bringen zu können.

In einer geschlossenen Abendsitzung wurde die bisher geübte und die künftige

Taktik bei den Lohn- und Tarifkämpfen

behandelt. Das Ergebnis der eingehenden Aussprache ist in nachstehender Entschließung niedergelegt.

Der Verbandstag begrüßt die Erfolge unserer Arbeitskämpfe der letzten Jahre. Die Regelung der Arbeitszeit nach den Beschlüssen der letzten Verbandstage hat immer mehr durchgesetzt werden können, in den wenigstens Fällen durch Streiks, sondern auf dem Verhandlungswege. Damit ist der Beweis erbracht, daß die erreichte Regelung für alle Betriebe durchaus tragbar ist. Die Aufgabe der nächsten Jahre muß es sein, eine solche Regelung auch in den entferntesten Orten durchzuführen, denn die Durchführung eines Beschlusses auf der ganzen Linie macht den Weg frei für weitere Fortschritte.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Bezahlung der Überstunden. Grundsätzlich muß gefordert werden, daß jede Überzeitarbeit mit einem Aufschlag von 25 Prozent bezahlt wird.

Zu fordern ist weiter, daß die Sonntagsarbeit in die normale Wochenarbeit eingerechnet wird, weil sonst eine unerträglich lange Arbeitszeit entsteht.

Die Einschränkung der Arbeitszeit ist zurzeit wichtiger denn je. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer schlimmere Formen an und ist zu einer sozialen Gefahr geworden, die die Errungenschaften der gewerkschaftlichen Erfolge in Frage stellt und die Existenz jeden Arbeitnehmers bedroht. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit kann in unserem Beruf nur durch Einschränkung der Lehrlingshaltung und weitere Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen.

Die Erhöhung des Reallohnes ist mit gleicher Energie anzustreben, wie die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Hebel ist ganz besonders in den Betrieben der Blumen- und Gemüsegärtnerei und den Baumschulen anzusetzen.

Der Kampf um den Aufstieg wird durch den Zusammenschluß mit der Kollegenschaft der öffentlichen Betriebe einen erheblich stärkeren Rückhalt bekommen. Diese hat an der Beseitigung der Berufsmißstände das größere Interesse, denn der Kampf des Unternehmertums gegen alle öffentlichen Betriebe wird nicht nur geführt, um diese der Ausbeutung des privaten Unternehmertums auszuliefern, sondern auch, um die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft in den öffentlichen Betrieben zu beseitigen.

Die am zweiten Verhandlungstage dann fortgeführte Aussprache über

die Frage der Verschmelzung

ließ manche Bedenken auftreten, ob in dem großen Gesamtverband die besonderen Eigenarten des gärtnerischen Berufes mit ihren verschiedenen Schwierigkeiten auch genügende Berücksichtigung finden würden, um so mehr als über die künftige Gestaltung des Zeitungswesens eine völlige Verständigung noch nicht erzielt werden konnte. Wohl besteht darüber Einverständnis, daß als eigentliches Organ des Gesamtverbandes nur die „Gewerkschaft“ unter der Schriftleitung des Koll. Dittmer vom Gemeindearbeiterverband weiter erscheinen soll und daß die fachtechnischen Blätter, also auch unser „Gärtnerei-Fachblatt“, beibehalten werden. Kollege Dittmer nahm Gelegenheit, eine von ihm ausgearbeitete Vorlage, die für die einzelnen „Reichsabteilungen“ besondere Ausgaben der „Gewerkschaft“ vorsieht, empfehlend zu begründen, vermochte jedoch nicht, die geäußerten Bedenken zu entkräften. Koll. Lehmann fand dagegen die allgemeine Zustimmung des Verbandstages, als er darlegte, daß nicht nur zu einer erfolgreichen Agitation in den vielen Kleinbetrieben der Gärtnerei, sondern vor allem auch zur Herbeiführung und Förderung einer ersprießlichen Zusammenarbeit der verschiedenen, z. T. bisher getrennt marschierenden Berufsgruppen eine die beruflichen Fragen eingehend behandelnde besondere Zeitungsbeilage notwendig für unsere Fachgruppe sei.

Auch an dem Entwurf der Satzungen, über dessen Beratung in der gemeinsamen Statutenberatungs-Kommission Kollege Auras-Berlin, berichtete, wurde manche Kritik geübt; so bemängelte Stroh-Frankfurt a. M. die Regelung der Streikunterstützung, Haaker-Hamburg einige Bestimmungen der Invalidenunterstützung.

Doch im Vertrauen darauf, daß die unbefriedigend geregelten, sowie die noch offenen Fragen eine befriedigende Lösung auch noch finden werden, wurde dann unter starker Bewegung und begeistertem Beifall der zahlreich als Gäste anwesenden Kollegen der **Anschluß an den Gesamtverband** der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs **einstimmig beschlossen**.

Darauf referierte Kollege Lehmann über

Die Gärtnerei in der Sozialgesetzgebung und im Arbeitsrecht.

Er zeigte die Richtung auf, in der die Unternehmer bestrebt sind, Verwaltung und Rechtsprechung zu beeinflussen und unterstützte die Gegenmaßnahmen, die eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Gedankens eines gleichen einheitlichen Arbeitsrechts zu dienen versprechen.

Folgende Entschließung wurde einstimmig gutgeheißen:

„Der Verbandstag stellt mit Genugtuung fest, daß durch mehrfache arbeitsrechtliche Entscheidungen höchstinstanzlicher Gerichte (Reichsarbeitsgericht, Kammergericht, Oberstes Bayr. Landesgericht u. a.) der gewerbliche Charakter der Gärtnereien anerkannt ist und der im landwirtschaftlichen Sinne für diese

Betriebe mißbrauchte irreführende Begriff „Gartenbau“ allgemeine Ablehnung erfahren hat.

Mit gleicher Genugtuung wird die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums begrüßt, das nicht nur in arbeitsrechtlicher, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht die Gärtnerei als Betriebe gewerblichen Charakters ansieht und sie demgemäß dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstellt wissen will.

Da die in den vom Verbandstage 1925 aufgestellten Richtlinien gesteckten Ziele noch nicht erreicht, die Forderungen nur in geringem Umfange und in noch ungenügender Form erfüllt sind, so erneuert der Verbandstag ausdrücklich diese Grundsätze. Der Regelung der Rechtsverhältnisse in der Gärtnerei durch ein Sondergesetz ist zuzustimmen, wenn für die gewerbliche Gärtnerei, sowie für die Betriebe des Reiches, der Länder, der politischen und Kirchen-Gemeinden die Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes in vollem Umfange Geltung erlangen und auch die Villengärtner dem Sondergesetz unterstellt werden.

Nicht nur formaljuristische Rechtsgrundsätze bedingen die Weiterentwicklung auch des gärtnerischen Arbeitsrechtes, sondern auch die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse der Gärtnerei. Technisierung und Rationalisierung industrieller Art machen auch hier bedeutende Fortschritte, die eine besonders gute berufliche, sich stetig weiter spezialisierende Ausbildung immer notwendiger erfordern. Sie haben in der Gärtnerei die bedenklichsten sozialen Schäden, vor allem eine ungewöhnlich hohe und andauernde Arbeitslosigkeit im Gefolge. So entsprechen die erfolgten Entscheidungen durchaus den beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gärtnerei, nur genügt weder der abgesteckte Rahmen, noch die gegenwärtige Sicherung. Deshalb fordert der Verbandstag endgültige Festlegung der Entscheidungen der Rechtsprechung in allen arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gesetzen.“

Jugend- und Bildungsfragen

behandelte Kollege Kirsche zu dem Schluß kommend: Die Heranbildung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge zum zielbewußten Gewerkschaftler müsse noch mehr als bisher eine der Hauptaufgaben des Verbandes sein. Die Gründung von Jugendgruppen sei in allen Ortsverwaltungen zu betreiben. Die Tätigkeit der Jugendfunktionäre sei aufs tatkräftigste zu unterstützen durch Herausgabe einer Jugendzeitschrift, durch eifrige fachliche und allgemeine Bildungsarbeit. Nachstehende von ihm vorgelegte Entschliebung fand ebenfalls einstimmige Annahme:

„Die Heranbildung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge zum selbständigen, zielbewußten Gewerkschaftler muß noch mehr als bisher eine der Hauptaufgaben des Verbandes sein. Der Verbandstag fordert daher eine systematische Jugendarbeit, um alle im Organisationsbereich beschäftigten jugendlichen den Jugendgruppen zuzuführen.

Um dieses Ziel zu erreichen, macht es der Verbandstag allen Funktionären zur Pflicht, der Jugendarbeit die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Tätigkeit der Funktionäre ist auf's tatkräftigste zu unterstützen durch:

- a) Gründung von Jugendgruppen in allen Ortsverwaltungen und durch Schaffung einer Jugendzeitschrift.
- b) Möglichst restlose Einbeziehung der Jugendlichen in die Tarifverträge unter Beachtung der Arbeitszeit- und Urlaubsbestimmungen für diese.
- c) Einwirkung auf die Gesetzgebung, um eine baldige Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes zu erreichen und insbesondere auf die Einbeziehung der Gärtnerei in das gewerbliche Berufsausbildungsgesetz sowie bessere Berücksichtigung der Jugendlichen in der Sozialgesetzgebung hinwirken zu können.
- d) Weitgehendste Unterstützung der Jugendgruppen bei ihrer gewerkschaftlichen, fachlichen und allgemeinen Bildungsarbeit.

Der jugendliche Arbeiter von heute ist der Arbeitskollege von morgen. Deshalb fordert der Verbandstag von allen Verbandsmitgliedern ein kollegiales Verhalten gegenüber den Jugendlichen. Jeder organisierte Arbeiter muß der Jugend ein Vorbild sein. Dem Jugendlichen muß schon beim Eintritt in den Betrieb zum Bewußtsein kommen, daß Kollegialität und Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung keine leeren Worte sind.“

Die Beratung der Anträge nahm darauf nur verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch. Zur Deckung der durch diese außerordentliche Tagung entstandenen und durch eine bald stattfindende Reichsfachgruppen-Konferenz noch entstehenden erheblichen Kosten wird eine Umlage auf die Ortskassen in Höhe von einem Drittel deren Kassenbestände beschlossen. Der Vorstand wird mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Reichsfachgruppen-Konferenz beauftragt.

Nach zwei Tagen angestrengter fleißiger Arbeit, die eine reichhaltige Tagesordnung in gedrängter Kürze zu bewältigen hatte, kam diese denkwürdige Generalversammlung der Gärt-

nerorganisation, die sich in fast 41jähriger selbständiger Arbeit einen geachteten Platz in der freien Gewerkschaftsbewegung errungen und gegenüber einem ganz besonders reaktionären Unternehmertum sich durchgesetzt hat, zu ihrem Abschluß.

In Ansprachen, durchbebt von den Erinnerungen an schwierige Kämpfe und mühevollen Kleinarbeit, aber auch durchglüht von dem Verlangen, Größeres und Besseres zu leisten im Interesse der Kollegenschaft, würdigten die Kollegen Busch und Maucke die Tagung und ihre Beschlüsse, um dann zu betonen, daß die Gärtnereiarbeiter in dem Gesamtverband aufgehen in der klaren Erkenntnis, auf neuen gesicherten und kürzeren Wegen den alten Zielen mit gesteigerter Kraft und größerer Erfolgsaussicht entgegenzuschreiten.

Die gemeinsame Tagung.

Am Mittwoch, dem 9. Oktober, fanden sich die Delegierten der drei bisher noch getrennt tagenden Verbände im Riesensaal der „Neuen Welt“ zusammen, um in einer imposanten Kundgebung endgültig den Zusammenschluß zu vollziehen.

Die Tagung wurde eingeleitet durch das Vorspiel zu Wagners Meistersingern, vorgetragen durch das Berliner Sinfonie-Orchester.

Im Auftrage der Vorstände der drei Verbände begrüßte Kollege Becker die Delegierten und Gäste aufs herzlichste.

Eine lange Reihe von Begrüßungsansprachen, die alle mit großem Beifall aufgenommen wurden, war ein charakteristisches Zeichen für das Bedeutsame dieser Tagung. Alle ausländischen Gäste der vorhergehenden Tagungen nahmen auch an dieser Gesamtagung teil.

Für die Reichsregierung sprach Ministerialrat Dr. Schilling vom Reichsfinanzministerium, für die Sozialdemokratische Partei Stelling, für den Verband der Eisenbahner Scheffel, für die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten Theek, für den Verband der Berufsfeuerwehrmänner Grollmus, der besonders stürmischen Beifall auslöste durch die Mitteilung, daß Vorstand und Ausschuß seines Verbandes beschlossen hätten, ebenfalls den Anschluß an den neuen Gesamtverband noch bis zum 1. Januar 1930 herbeizuführen.

Besondere Erwähnung verdient die warmherzige Ansprache des Bundesvorsitzenden Leipart, der ausging von dem Eindruck, den er am Vortage von den Verhandlungen unseres Verbandes erhalten hatte. Sie hatten in ihm besonders lebhaft die Erinnerung an die erste Verschmelzung von Zentralverbänden geweckt, an der er persönlich beteiligt war, und die vor 36 Jahren im April 1893 stattfand, als der Drechslerverband, dessen Vorsitzender und Redakteur er war, sich mit den Bürstenmachern, Stellmachern und Tischlern auf dem Holzarbeiterkongreß in Kassel zu dem Industrieverband der Holzarbeiter vereinigte. „Ich war damals nicht ganz mit dem Herzen dabei“, führte er wörtlich aus, „ich hatte Sorge für meine kleine Gruppe der Drechslerkollegen und habe deshalb die Besorgnisse, die gestern bei den Gärtnern zum Teil geäußert wurden, tief mitempfunden können. Aber so wie meine Drechslerkollegen damals sehr bald erkannt haben, daß auch die kleinen Branchen in einem größeren Bruderverband vorwärts und besser vorwärts kommen können als vorher als kleiner Verband, so berechtigt um so mehr der Zusammenschluß dieser drei gut fundierten Verbände mit ihren reichen Erfahrungen auf allen den heute so viel weiter verzweigten Gebieten der Gewerkschaftsbewegung zu den größten Hoffnungen für das weitere Wachsen der neuen Organisation und auf große und schöne Erfolge für alle ihre Mitglieder. Der Bundesvorstand hat natürlich die größte Freude an dieser Entwicklung, denn je größer und stärker die Glieder sind, aus denen der Bund besteht, desto stärker und machtvoller wird der Bund selbst. Allerdings darf auch die Konzentration nicht überspannt werden. Wir können in der Gewerkschaftsbewegung nicht etwa einen allgemeinen Arbeiterverband brauchen, sondern es muß die Organisation gestützt auf die Berufsangehörigkeit und die Betriebs- und Industriezugehörigkeit aufrechterhalten werden, und im Industrieverband muß den Berufsgruppen Bewegungsfreiheit gegeben sein, wie das bei Ihnen durch die Reichsfachgruppen vorgesehen ist.“

Nach Beendigung der umfangreichen Begrüßungsansprachen behandelte dann Kollege Polenske die Verschmelzungsbewegung in den verschiedenen Etappen, die sie in den drei Verbänden durchlaufen hat. Neben den organisatorischen Gründen leiten uns als wirtschaftspolitische Gründe des Zusammenschlusses verstärkte Einwirkung auf und für die öffentliche Wirtschaft und die Gemeinwirtschaft und als politische Gründe: Größere Einwirkung und bessere Vertretungen in den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Länder und Kommunen.

Der Gesamtverband ist entschlossen, seine ganze Kraft einzusetzen für die zielbewußte Fortführung der Sozial-

politik im Sinne eines weiteren Ausbaues der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und des Beamtenrechtes sowie des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherungsgesetzgebung.

In nüchterner, kluger Abmessung der vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten wird der Gesamtverband seinen Weg gehen. Schulter an Schulter werden die Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe stehen mit dem Personal des noch in privaten Händen befindlichen Handels und Verkehrs und der Schifffahrt. Für die Gärtner und Gärtnerarbeiter erhoffen wir durch den Zusammenschluß neue Organisations- und Agitationsmöglichkeiten; durch die Organisierung der Wegwärter und -arbeiter wird der Gesamtverband den Gedanken freigewerkschaftlicher Organisation bis in das entlegenste Dorf tragen. Die Arbeiter der Straßenunterhaltung und die Kraftwagenführer und Kutscher soll in einer Organisation das Band brüderlichen Handelns umschließen. Den Hunderttausenden von Hausangestellten soll der Gesamtverband Schirm und Schutz sein.

Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Kollegenschaft gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus, das ist das Ziel unserer neuen Organisation des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf übernimmt Schumann den Vorsitz und schreitet zu der endgültigen Abstimmung über den Zusammenschluß der drei Verbände sowie zugleich über die Satzung mit den Abänderungen der Statutenberatungskommission und über die beiden vorliegenden Entwürfe eines Verbandsprogramms und eines Beamtenprogramms. Unter großer Begeisterung wird der Zusammenschluß mit überwältigender Mehrheit (gegen 7 Stimmen) beschlossen.

Es folgt dann die Wahl der Verbandskörperschaften und werden gewählt in den Vorstand:

Als Geschäftsleitung:

Vom Verkehrsbund. Vorsitzender: Oswald Schumann. Stellvertretender Vorsitzender: Johannes Döring. Reichsabteilungsleiter: August Reiz. Vorstandssekretär: Anton Reißner. Hauptkassierer: Richard Nürnberg.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband: Vorsitzender: Fritz Müntner. Stellvertretender Vorsitzender: Otto Becker. Reichsabteilungsleiter: Karl Polenske. Tarifsekretär: Paul Schulz. Vermögensverwalter: Adam Ruppert.

Als besoldete Vorstandsmitglieder:

Vom Verkehrsbund. Reichsabteilungsleiter: Ferdinand Bender, Wilhelm Kempter, Hermann Rudolph. Sekretär: Max Pause. Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Betriebsräte: Emil Riedel. Beamtensekretariat: Julius Scherff.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Reichsabteilungsleiter: David Stetter. Stellvertretender Reichsabteilungsleiter:

Karl Kautsky 75 Jahre.

Am 16. Oktober 1929 beging Karl Kautsky seinen 75. Geburtstag. 55 Jahre seines bisherigen Erdenwallens hat Kautsky im opfervollen Dienste des Proletariats verbracht. Zu diesem Tag hat Dr. Karl Renner eine urlebendige Schrift „Karl Kautsky“*) verfaßt, in der sich das gewaltige Ringen des proletarischen Emanzipationszeitalters abspielt.

Karl Renner hat seinen geistigen Führer Kautsky mitten in das bewegte Leben der politischen, sozialen und kulturellen Kämpfe des zur Neige gehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts gestellt. Und damit erfährt er die wirkliche Persönlichkeit Kautskys am tiefsten, der wie Lassalle ein „Denker und Kämpfer“ ist. Karl Renner bezeichnet Kautsky als den Lehrmeister dreier Generationen. Die jüngste kennt vielleicht nur Kautskys Wirken in und nach der Revolution, sie weiß kaum, daß dieser Mann den demokratischen Sozialismus, der sich noch um die Zeit des Sozialistengesetzes aus den verschiedenartigsten und sich vielfach widersprechendsten theoretischen Bestandteilen zusammensetzte, zu einem einheitlichen System gestaltet hat, daß er in treuer Waffenbrüderschaft mit Eduard Bernstein dem Marxismus in dem Jahrzehnt 1880—1890 zum Siege verholfen hat. Theoretisch hat dann Kautsky die Grundsteine zum Hainfelder und Erfurter Programm zusammengetragen. Kautsky lag der internationale Revolutionär im Blute. Huß, der Empörer gegen Kirche und Kaiser, Kossuth, der Rebell gegen das habsburgische Zwinguri der Nationen der schwarzgelben Monarchien, Garibaldi, der demokratische, nationale Befreier Italiens, sie waren die heroischen Geister, die ihn schon in der Jugend in die großen Kämpfe um die Befreiung der Menschheit einführten. Mit dem Feuer des modernen naturwissenschaftlichen Zeitalters getauft, verdolmetschte Kautsky diesem die Lehren eines Marx, der einem philosophisch-speku-

*) Dr. Karl Renner „Karl Kautsky“, Skizze zur Geschichte der geistigen und politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse. In diesen Tagen beim Dietzverlag, Berlin SW 69, erschienen, gut gebunden nur 2.25 RM.

ACHTUNG!

Der beliebte „Allgemeine Deutsche Gärtnerkalender“ ist erschienen. Bestellt sofort!

Josef Orlopp. Werbe- und Bildungswesen: Gerhard Förster. Volkswirtschaft: Rudolf Lengersdorff. Redakteur: Emil Dittmer, und vom Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter: Josef Busch.

Als unbesoldete Vorstandsmitglieder:

Vom Verkehrsbund: Wilhelm Beyersdorff, Otto Borchardt, Johann Flieger, Walter Heidemann, Paul Krause, Ernst Kube, Johann Mänz, Alfred Oestmann, Grete Philipp, Rudolf Pucalka, August Schmahl, Josef Ullrich.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Bruno Otto, Heinrich Eiffert, Otto Elchner, Moritz Elitz, -Elisabeth Großklaus, Richard Heckmann, Paul Hepprich, Fritz Kamin, Otto Kammermeier, Max Krause, Josef Kuchenbecker, Willi Vollnberg.

Revisionskommission:

Vom Verkehrsbund: Karl Fröhbrodt, Otto Kiesche, August Langkau.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Bruno Otto, Richard Naumann, Albert Kotzke.

Verbandsausschuß:

Vom Verkehrsbund: Wilhelm Römpage, Max Jäger, Otto Kaspar.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Arnold van Riesen, Henry Rätzmann, Hugo Schulz.

Darauf vereinigten sich 10 der sturmgewohnten Banner der drei nunmehr zusammengeschlossenen Verbände hinter dem Vorstandstisch auf der Bühne zum historischen Schlußakt. Schumann ergreift das Wort zu einem packenden Schlußwort, erinnert an die Vergangenheit mit ihrer mühseligen Organisationsarbeit all der Hunderttausende, die aus der Tiefe emporstiegen. Auch die neue Organisation, der Gesamtverband, muß vom Vertrauen der Hunderttausende getragen werden. Wir kämpfen nicht nur für die wirtschaftliche und soziale Besserstellung, sondern auch für den kulturellen Aufstieg der Massen, für die höchsten Menschheitsideale.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde der erste Verbandstag des „Gesamtverbandes“ geschlossen.

Ein Festabend vereinigte die gesamten Delegierten sowie einen Teil der Berliner Funktionäre mit ihren Frauen in den Gesamtträumen der „Neuen Welt“. Ein prachtvolles künstlerisches Programm, ausgeführt vom Philharmonischen Orchester, vom Berliner Sinfonie-Orchester, dem Landvai-Chor und dem Staatsopernsänger Roth brachte einen wundervollen Ausklang dieses historisch denkwürdigen Tages.

lativen Zeitalter angehört hatte. In der „Neuen Zeit“, die Kautsky in den Ängsten und Nöten des Jahres 1883 gegründet hatte, spiegeln sich in seinen Aufsätzen die theoretischen und faktischen Entwicklungsphasen nicht nur des deutschen, sondern auch des internationalen Proletariats wieder. Mit plastischer Deutlichkeit hebt Renner die Umwälzung der äußeren und inneren Lebensbedingungen des Proletariats heraus, an der sich Karl Kautsky so wegweisend und schöpferisch betätigt hat. Renner erteilt der Lebensarbeit Karl Kautskys ein hohes und gerechtes Lob, indem er von seinem Lehrmeister schreibt: Das deutsche Proletariat hat sich an seinem Worte aus den Niederungen seines vormaligen Daseins emporgearbeitet zu jener geistigen Art und Kraft, die es befähigen werden, seine große Mission zu erfüllen.

K.

Faust und wir.

Faust ist das Sinnbild der Menschheit. Sein Werden, wie es uns Goethe in seinem Werke künstlerisch herrlich geschildert hat, ist nicht nur das Werden des Dichters selber. So wie er wurde, so ist auch die Menschheit geworden. So wie er suchte und rang — und erkannte, so sucht und ringt und erkennt auch das Menschengeschlecht.

Es lebt noch auf verschiedenen Stufen der Faust-Entwicklung. Im sinnlichen Vergnügen schwelgen die einen. Im Lernen und Wissen suchen die anderen ihr Lebensglück. Und wieder andere philosophieren immer mehr hinein in die Tiefe der Wahrheit.

Dennoch, was ist das alles? Das alles ist nicht das große Glück. In dem allen lebte auch Faust — unbefriedigt. Wo war es denn nur zu finden, das Glück?

Seelengepeinigt rang er. Rang er sein ganzes Leben hindurch. Bis er es hatte. Bis er es im Schaffen für die Gemeinschaft empfand.

Was ist alles Ich gegen das Du? Was ist alles Grübeln gegen das Handeln? Arbeit und Schaffen aus „Gemeindrang“ für die Gemeinschaft. Das ist das große, reine, das faustische Glück.

Programm des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.

Die neuzeitliche ökonomische Entwicklung hat zu einer außerordentlichen Steigerung der Konzentrationstendenzen des Kapitals geführt. An die Stelle des Kapitalismus der ungehemmten freien Konkurrenz von ehemals ist der organisierte Kapitalismus von heute getreten. Immer größere Teile der Wirtschaft werden monopolistisch von Kartellen und Trusten beherrscht. In steigendem Maße vollzieht sich gleichzeitig der Zusammenschluß der Unternehmer zu Kampfverbänden gegen die Gewerkschaften.

Diese Entwicklung birgt große Gefahrenquellen für das Fortschreiten des demokratischen und sozialen Gedankens in sich.

Sollen dabei die Lebensinteressen der Arbeiterklasse erfolgreich gewahrt werden, dann muß dieser Zusammenballung der kapitalistischen Mächte

die zweckmäßigste Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte gegenübergestellt werden.

In dieser Erkenntnis und in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses zur Organisationsfrage haben der „Deutsche Verkehrsbund“, der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ und der „Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter“ durch ihren Zusammenschluß einen gewerkschaftlichen Machtfaktor geschaffen, der auch den kapitalkräftigsten Unternehmergruppen gegenüber die wirtschaftlichen und sozialen Interessen seiner Mitglieder erfolgreich durchzusetzen vermag.

Neben der Erfüllung der elementaren gewerkschaftlichen Aufgaben, die auf dem Gebiete der

Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

durch den Abschluß von Kollektivverträgen liegen, ist der „Gesamtverband“ bestrebt, seine Mitglieder durch zweckmäßig ausgebauten Unterstützungseinrichtungen in allen Wechselfällen des Lebens zu schützen. In der Forderung des sozialen Arbeitsvertrages, als unerläßlicher Voraussetzung für eine menschenwürdige Existenz, stehen die Mitglieder des „Gesamtverbandes“ an erster Stelle. Für die

geistige und berufliche Weiterbildung

sowie für die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder soll durch eine vorbildliche Presse, durch Herausgabe zweckentsprechender Schriften, Veranstaltung von Unterrichtskursen und Schaffung sonstiger Bildungseinrichtungen gesorgt werden. Darüber hinaus fordert der „Gesamtverband“ die gleichberechtigte Anteilnahme und Aufstiegsmöglichkeit aller wirklich Befähigten am öffentlichen Unterrichtswesen — von der Volksschule bis zur Universität.

Der „Gesamtverband“ ist entschlossen, seine ganze Kraft einzusetzen für die

zielbewußte Fortführung der Sozialpolitik

im Sinne eines weiteren Ausbaues der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und des Beamtenrechtes sowie des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherungsgesetzgebung.

Unter dem Einfluß der sozialistischen Utopisten war Goethe-Faust zu dieser Erkenntnis gereift.

Und der Dichter versiegelte sein Faust-Manuskript. —

Welch eine heilige Scheu vor der Größe dieser Erkenntnis! — Auch wir haben hin und wieder in Feierstunden solches Erleben, in dem sich die tiefste Tiefe unserer Seele regt. Dann fassen wir diese Gefühle nicht in Worte. Dann zerren wir sie nicht an den Tag. Dann lauschen wir nur und schweigen.

So mag Goethe gefühlt haben, als ihm die feierlichste Stunde seines ganzen Lebens die Erkenntnis gab, daß Gemeinschaftstat aus Gemeindrang das Glück ist. Daß das Schaffen für Schwestern und Brüder den Sinn der Welt bedeutet. Daß eine neue gemeinschaftliche Menschheit nur das faustische Menschentum bedeuten kann.

Wir haben Feierstunden solch Goethescher Gefühlsgröße nötig, um in der letzten Tiefe zu erleben, was das große, stolze Ziel unserer Bewegung ist. Unser Leben hetzt uns hin und her. Es peinigt und treibt uns mit seiner Not. Es sucht uns abzu-zerren vom menschlich-faustischen Reifen, nach dem es uns drängt.

Und doch kann es in uns nicht ertönen dieses Echte und Eigentliche, dieses Menschliche und Faustische, weil das unser Wesen ist.

Nur im Du liegt das Glück. Nur in der Tat für das Ganze. Und glücklich, wer in einer feierlichen Stunde einmal gepackt ist von der Tiefe des Gedankens, daß Mensch sein heißt: schenkender, liebender, brüderlich schaffender Mensch zu sein.

Dr. Gustav Hoffmann.

Eine Bergpredigt im 20. Jahrhundert.

... Da er aber das Arbeitsvolk sah, ging er auf einen Berg. Die Unterdrückten versammelten sich um ihn. Und er ermahnte sie und sprach:

„Ich aber sage Euch, solange es in Euren Reihen Arbeiter gibt, die als Streber und Egoisten nur an ihre Person und nie an

Bei der Wahrnehmung ihrer Interessen werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Länder und des Reiches zu einer immer enger werdenden Schicksalsgemeinschaft zusammengeführt.

Wirtschaftlich und sozial ist das große Heer der in öffentlichen Diensten stehenden

Beamten, Angestellten und Arbeiter aufs engste verbunden mit dem Schicksal der in der Privatwirtschaft tätigen Arbeitnehmer.

Die Feinde der Demokratie und des sozialen Fortschrittes sind gleichermaßen Gegner der Arbeiter- wie der Beamtenrechte. So wird auch die große Masse der Beamtenschaft in steigendem Maße von den sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen unserer Zeit erfaßt.

Der „Gesamtverband“ hat gewerkschaftsorganisatorisch die aus dieser Entwicklung sich ergebenden Konsequenzen gezogen und die

Beamten, Angestellten und Arbeiter seines Organisationsgebiets einheitlich zusammengefaßt.

Da die menschliche Arbeitskraft die Quelle allen Reichtums und aller Kultur war, ist und bleiben wird, fordert der „Gesamtverband“ für das schaffende Volk, als den wichtigsten Faktor der gesamten Wirtschaft, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Er stellt sich zu diesem Zwecke mit allen seinen Mitteln und Einrichtungen hinter die Forderung der

Demokratisierung der Wirtschaft,

wie sie durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu Nürnberg, Breslau und Hamburg erhoben worden ist.

Im besonderen setzt sich der Gesamtverband für die

Förderung der öffentlichen Wirtschaft

ein. Seine besondere Aufgabe ist es, den Bestand der öffentlichen Wirtschaft zu verteidigen und ihren Ausbau zu fördern. Der Kampf für die öffentliche Wirtschaft bedeutet den Mitgliedern des „Gesamtverbandes“ Kampf für den Sozialismus.

Im Endziel erstrebt der „Gesamtverband“ die sozialistische

Bedarfsdeckungswirtschaft

als die dem Kapitalismus praktisch und moralisch überlegene Wirtschaftsform, die der Arbeiterschaft erst die Möglichkeit geben wird, an allen Kulturrerungen in vollstem Ausmaße teilzunehmen. In diesem Bestreben fühlt sich der „Gesamtverband“ solidarisch mit der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Er erkennt deshalb die Satzungen, Organisationsrichtlinien und Kongreßbeschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) als maßgebend für die Entfaltung seiner Wirksamkeit an.

Der „Gesamtverband“ ist sich bewußt, daß zur Erreichung seiner Ziele Entscheidungen auf dem weiten Felde der politisch-

Euer gemeinsames soziales Schicksal denken,

die bereit sind, täglich 12 Stunden und mehr zu arbeiten, unbekümmert der Millionen Arbeitslosen in Euren Reihen,

die freiwillig, ohne zu murren, für jeden Hungerlohn schufteten, den man ihnen bietet,

die glauben, in unserer Zeit der Großbetriebe und Riesenunternehmungen, im Zeitalter der Organisationen und Kartelle, allein ihre wirtschaftliche Lage meistern zu können,

die Schundromane lesen, aber nicht einen einzigen Paragraphen aus den Gesetzbüchern der Arbeit kennen,

die ihr ganzes Leben lang gern Kirchen- und Hundesteuern zahlen, aber den Gewerkschaftsbeitrag scheuen,

die Filmstars und Sportkönige verehren, aber nicht einmal die Führer der organisierten Arbeiterarmee ihres Landes kennen, die Feiertags anstatt Arbeiterversammlungen zu besuchen, als Zuschauer die Sportplätze bevölkern,

die als Arbeitswillige und Duckmäuser an Straßenecken und hinter Gardinen stehen, wenn die klassenbewußten Proleten ihren Weltfeiertag festlich begehen,

die mit der heutigen Ordnung höchst unzufrieden aber zugleich unorganisiert sind, und die anstatt von Eurer Ohnmacht, vom „Verrat der Führer“ sprechen,

die ihre geistige Nahrung aus bürgerlichen Zeitungen schöpfen und sich immer noch wundern, daß in einem Arbeiterstaat eine bürgerliche Mehrheit regiert,

die sich schämen, werteschaffender Arbeiter zu sein und in den Nichtstuern eine Sorte „besserer Menschen“ erblicken, die sich in Gruppen und Vereine zersplitteln lassen und damit Eure gewerkschaftliche Stoßkraft schwächen,

— — — solange kann für Euch nicht die Stunde der Freiheit schlagen.“

Noch immer gilt das Prophetenwort:

„Die Macht der Arbeiterklasse fällt nur in die Wagschale, wenn eine Organisation sie eint, Wissen und ein einheitlicher Wille sie führt!“

Aus „Der Grundstein“.

parlamentarischen Betätigung herbeigeführt werden müssen. Ebenso wie er alle Tendenzen unterstützt und fördert, die auf die Erhaltung des Friedens und auf eine verständnisvolle, nur in der Erzielung des größtmöglichen Kulturfortschrittes miteinander wetteifernden Zusammenarbeit der Völker der ganzen Welt abzielen, steht er

zur demokratischen Republik

als der dem Befreiungskampfe des Proletariats zweckentsprechendsten Staatsform.

Dabei findet der „Gesamtverband“ seine stärkste Stütze in der Sozialdemokratischen Partei, in deren parlamentarischen Körperschaften er seine politische Interessenvertretung erblickt.

Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Berufskollegenschaft — gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus —, das ist unser Programm!

Die Durchführung unserer großen Ziele erfordert die einheitliche organisatorische Zusammenfassung unserer gesamten Berufskollegenschaft in der

Einheitsorganisation.

Indem wir unsere gewerkschaftliche Macht stärken, schwächen wir die Macht des Kapitalismus.

Für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs gibt es keinen anderen Weg, der sicherer zum Ziele eines freien und wahren Menschentums führt, als den

Anschluß an den „Gesamtverband“.

Die Reichstagsbeschlüsse zur Arbeitslosenversicherung.

Der Text der vom Reichstage beschlossenen Abänderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes liegt bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Da aber erklärlicherweise unsere Kollegenschaft ein starkes Interesse hat, sich über die wesentlichsten Änderungen zu unterrichten, so bringen wir hier eine uns vom ADGB. übermittelte Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse.

Ein Teil der Beschlüsse ist lediglich verwaltungstechnischer Art und berührt den Versicherungsanspruch nicht.

Ein anderer Teil stellt Verbesserungen dar, z. B. die Einbeziehung „höherer oder leitender“ Angestellter in die Versicherung; die schärfere Fassung des Begriffs „land- und forstwirtschaftliche Arbeiten“, um unberechtigte Versicherungsfreiheit zu verhindern; die Verbesserung bei Überweisung Arbeitsloser an ein anderes Arbeitsamt; die Rückzahlung irrtümlich entrichteter Beiträge; die Befugnis des Arbeitsministers, künftig anzuordnen, daß den Arbeitsämtern die Besetzung von Arbeitsplätzen gemeldet werden muß.

Eine Reihe weiterer Beschlüsse umfaßt wenig einschneidende Abänderungen, z. B.: die Berechnung der für die Unterstützungshöhe maßgebenden Lohnklasse erfolgt künftig nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 26 Arbeitswochen, statt bisher der letzten 13 Arbeitswochen. Die Pflichtversicherung der Lehrlinge tritt künftig bereits 52 statt bisher 26 Wochen vor Ablauf des Lehrvertrages ein. Übergangsbestimmungen sichern, daß sich diese Bestimmung erst ab Oktober 1930 auswirkt. — Der Arbeitgeber kann für vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben ersatzpflichtig gemacht, eventuell auch bestraft werden. Die Berufung im Streitverfahren wird eingeschränkt, wobei jedoch für grundsätzliche Entscheidungen die Berufungsmöglichkeit bestehen bleibt.

Die Beschlüsse, die insbesondere die Abstellung einer Reihe auch von uns empfundener Mißstände zum Ziele haben, beziehen sich auf folgendes: „Geringfügige Beschäftigung“ soll künftig dann versicherungsfrei sein, wenn sie von Personen ausgeübt wird, „die nicht berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer“ tätig sind und auch in diesen Fällen nur dann, wenn die Beschäftigung weniger als wöchentlich 24 Stunden oder wenn das Arbeitsentgelt weniger als wöchentlich 8 RM. beträgt. Kurzarbeit berührt den Versicherungsanspruch natürlich nicht. Es ist gelungen, die Fassung der Vorlage erheblich zu verbessern. „Unständig Beschäftigte“, d. s. solche, die nur gelegentlich und unständig arbeiten, im übrigen aber ihren Lebenserwerb aus anderen Quellen decken, sollen nur versicherungspflichtig sein, soweit der Verwaltungsrat die Versicherung der einzelnen Gruppen zuläßt. „Heimarbeiter“ bleiben grundsätzlich in der Versicherung. Der Verdienst eines Arbeitslosen aus Gelegenheitsarbeit soll künftig derart auf die Unterstützung angerechnet werden, daß Verdienst und Unterstützung zusammen 120 Prozent der Vollunterstützung nicht übersteigen. Für Versicherte, die regelmäßig weniger als 24 Stunden wöchentlich arbeiten (ausgenommen ist hier natürlich die Kurzarbeit), sollen für den Erwerb der Anwartschaft je zwei derart kurze Arbeitstage für einen Tag gerechnet werden.

Eine Reihe weiterer Änderungen berühren den Versicherungsanspruch stärker. Die Sperrfristen werden verschärft. Grundsätzlich beträgt die Sperrfrist bei unberechtigter Aufgabe der Arbeit oder unberechtigter Nichtannahme angebotener Arbeit wie

bisher vier Wochen. Die Sperrfrist kann in milderen Fällen bis auf zwei Wochen beschränkt und in schweren, besonders in Wiederholungsfällen, auf acht Wochen verlängert werden.

Verschlechtert ist der Ablauf der Sperrfristen. Während sie bisher einfach kalendermäßig und unkontrolliert ablaufen konnten, sollen sie künftig nur während einer kontrollierten Arbeitslosigkeit ablaufen, oder aber während einer Arbeitsperiode, wobei dann je drei Arbeitstage gleich einen verfallenden Sperrtag gelten. Bei Verschiedenheit von Arbeits- und Unterstützungsort soll dann, wenn das Lohnniveau am Unterstützungsort tiefer als am bisherigen Arbeitsort ist, die Unterstützungshöhe dem Lohnniveau des Unterstützungsortes angepaßt werden. Für den Vergleich des Lohnniveaus sollen die in dem Beruf des Arbeitslosen maßgebenden Löhne genommen werden. Sind am Unterstützungsort diese Berufe nicht vertreten, dann sind die Lohnverhältnisse des betreffenden Berufes der näheren oder weiteren Umgebung des Unterstützungsortes maßgebend.

Der Hauptkampf ging um die beabsichtigten Verschlechterungen bezüglich der Unterstützungshöhe für solche Arbeitslose, deren Karenzzeit nicht 52 Wochen beträgt, ferner um die verlängerten Wartezeiten, um die Anrechnung der Renten und um die Regelung für die Saisonarbeiter. Bezüglich dieser Punkte wurde folgendes beschlossen:

1. Jede unterschiedliche Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach der Dauer der Anwartschaftszeit unterbleibt. Neu ist, daß für die erstmalige Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung eine 52wöchige Versicherungsdauer innerhalb der letzten zwei Jahre, die dem Eintritt der Arbeitslosigkeit vorangehen, erfüllt sein muß. Bei jeder weiteren im Arbeitsleben eines Versicherten eintretenden Arbeitslosigkeit ist die Unterstützung nur an den Nachweis einer 26 wöchigen Karenzzeit gebunden.

2. Die Verlängerung der Wartezeiten unterbleibt, nur zwei Änderungen treten ein: Arbeitslose mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen haben künftig statt sieben nur drei Wartetage. Umgekehrt erhöht sich für Arbeitslose unter 21 Jahren, die keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben und die in die häusliche Gemeinschaft einer anderen aufgenommen sind, die Wartezeit auf 14 Tage.

3. Bei Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenunterstützung bleibt ein Betrag von monatlich 30 Mk. anrechnungsfrei, so daß nur der 30 Mk. überschießende Rentenbetrag auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen ist.

4. Die besondere Regelung der Unterstützung der Saisonarbeiter erfolgt in der Weise, daß während der Zeit der beruflichen Arbeitslosigkeit die Unterstützungssätze auf die Höhe der Krisenunterstützungssätze gesenkt werden, daß heißt, Lohnklasse VII sinkt auf Klasse VI, Lohnklasse VIII und IX auf Klasse VII, Lohnklasse X und XI auf Klasse VIII. Damit bleiben die Saisonarbeiter auch während der beruflichen Arbeitslosigkeit in der Versicherung, das heißt, es findet keine Prüfung der Bedürftigkeit statt. Es tritt also keine längere Wartezeit ein, noch werden höhere Beiträge erhoben.

Diese kurz skizzierten Beschlüsse umfassen die gesamte Neuregelung, soweit sie die Versicherungsleistung betrifft. Im übrigen ist noch angenommen, daß die Beitragsleistung für die Krankenversicherung der Erwerbslosen um etwa ein Drittel herabgesenkt wird. Um einen Ausweg zu haben, wenn in dem einen oder anderen Fall die weitgehende Senkung der Versicherungsbeiträge unerträglich ist, ist dem Arbeitsminister das Recht gegeben, die Krankenversicherungsbeiträge „abweichend“ zu regeln.

Die Gewerkschaften gegen das Hugenberg'sche Volksbegehren.

Schon einmal, vor fast einem Jahrzehnt, haben sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer festgefügtten republikanischen Phalanx vereint, um dem dreisten Ansturm politischer Hasardspieler Halt zu gebieten.

Die Niederwerfung des Kapp-Putsches, die Rettung der deutschen Demokratie vor dem ersten Vorstoß des inneren Feindes, ist das unauslöschliche Verdienst dieses republikanischen Dreibundes.

Der Putschismus wurde geschlagen, aber er ist nicht tot. Nicht einmal die Lächerlichkeit, in der sein zweiter pathetischer Versuch im November 1923 erstickte, hat ihn getötet. Er ist zäh wie die Dummheit. Er ist unbelehrbar wie aller Fanatismus, der nur von unbefriedigtem Geltungsdrang und „der Lust an allem, was den Gegner zerstören kann“, lebt.

Die Bombenattentate des letzten Jahres sind ein Beweis nicht für die Gefährlichkeit, aber doch für die Lebenskraft wie für die fanatische Beschränktheit dieser Sorte Putschismus.

Trotzdem: Gegen diese Aktivisten der Zerstörung die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzurufen, wäre nicht der

Mühe wert. Ihr „Vormarsch“ ist kein ernst zu nehmender Angriff, ihre Kindertrompeten, auch wenn sie von „wirklichem Haß“ schmettern, sind keine Posaunen des jüngsten Gerichtes.

Ernstster zu nehmen ist der nationalistiche Block, den Hugenberg aus den Bünden der Unzufriedenen und Enttäuschten unter einen Stahlhelm gebracht hat.

Er richtet sich auch nur gegen das neue Deutschland. Über diese Tatsache können die prahlerischen und zweideutigen Worte gegen die auswärtigen Mächte in dem „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ nicht hinwegtäuschen.

Stresemann, der große Staatsmann, der vor kurzem zu Grabe getragen ist, wußte, um was es Hugenberg und seinem Anhang geht. Er hat es am 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung un- zweideutig ausgesprochen.

„Es ist ein Kampf um die Macht im Staat und nicht um die Kriegsschuldfrage... Es ist ein Kampf gegen das heutige Deutschland mit der bewußten Absicht, eine Zerteilung des Volkes herbeizuführen und für diejenige Gruppe, die im schärfsten Kampf gegen den heutigen Staat steht, auch die Regierungsgewalt zu erringen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß dieser Kampf um die Existenz des Staates selbst geht.“

Freie Mitwirkung des Volkes oder restlose Beseitigung der Volksrechte;

Demokratisierung der Wirtschaft oder Autokratie des Unternehmertums;

Ausgestaltung der Sozialversicherung oder Zerstörung seiner Fundamente und Abbau der sozialen Leistung;

mit einem Wort: Demokratie oder Diktatur — Freiheit oder Knechtschaft.

Das ist die Frage, vor die der Hugenberg-Ausschuß das gesamte deutsche Volk stellt.

In diesem Kampf um den Bestand der deutschen Demokratie, geschaffen und gestaltet von den schöpferischen Kräften des deutschen Volkes, in diesem Kampfe, in dem die in einer Front vereinten Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten schon manchen Sieg erröchten, in diesem Kampfe, in dem sie die Vorkämpfer und Repräsentanten der Mehrheit des Volkes sind, gilt es in den kommenden Wochen einen entscheidenden Sieg erringen.

Das Hugenberg'sche Volksbegehren muß zu einer vernichtenden Niederlage der Feinde des neuen Deutschland werden.

Die großen Führer der deutschen Republik, die von Angehörigen eben jener Kreise verleumdet, ermordet oder zu Tode gehetzt worden sind, die Helden und Märtyrer der deutschen Einheit und Freiheit dürfen nicht vergeblich gefallen sein.

In ihrem Geiste muß sich die gesamte Arbeitnehmerschaft entscheiden. Keiner von den Arbeitern, Angestellten und Beamten darf seinen Namen hergeben für die Heuchler und Pharisäer, die die Führer des neuen Deutschland zu Landesverrätern stempeln wollen. Keiner von ihnen darf sich in die Listen des Volksbegehrens einzeichnen.

Blumengeschäfte

Der Reichstarifvertrag abgeschlossen.

Die anlässlich des Verbandstages zusammengetretene Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen der Blumengeschäftsangestellten gab — mit knapper Mehrheit — dem neu verhandelten Reichstarif für Blumengeschäfte die Zustimmung, nachdem vom V. D. B. noch die Erhöhung der ersten Lohnstaffel um 1 Rm. je Woche zugestanden war, beschloß aber noch folgende protokollarische Erklärung:

Im Hinblick auf die nunmehr stattfindenden örtlichen Lohnvereinbarungen stellen die Arbeitnehmer folgenden Vorgang fest: Die Anträge auf Lohnabbau wurden von Arbeitgeberseite damit begründet, daß er für die kleineren Orte notwendig sei. Ein Ausgleich der tariflichen Lohnregelung auf dieser Grundlage wird im Verhandlungsprotokoll ausdrücklich als eine prinzipielle Frage bezeichnet. Das jetzige Ergebnis der Tarifverhandlungen beruht auf der gleichen unverändert gebliebenen Grundlage. Der jetzt getroffene Ausgleich innerhalb der einzelnen Lohnstaffeln durch Erhöhung der Lohnsätze einerseits und Herabsetzung andererseits beschränkt sich demgemäß nur auf den grundsätzlichen für die kleineren Orte geltenden Mindestlohntarif.

Lehrlings- und Bildungswesen

Keine Förderung gärtnerischer Schulen durch die Landwirtschaft.

Antlichen Darstellungen entnehmen wir folgende Angaben über die Aufwendungen im Rechnungsjahre 1928/29 für die gärtnerischen Fortbildungsschulen in Preußen, soweit sie landwirtschaftlichen Schulen angegliedert sind.

Vom Staat wurden getragen von den Kosten der Knabenfortbildungsschulen 34,5 Proz., der Mädchenfortbildungsschulen

Die Arbeitslosigkeit in der Gärtnerei steigt weiter.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verband betrug im September 19,3 v. H. gegen 18,3 im Vormonat und 14,7 im September vorigen Jahres. Von den 47 freien Gewerkschaften steht unser Beruf mit der Arbeitslosigkeit an dritthöchster Stelle. Schlimmer steht es nur bei den Hutarbeitern mit 22,9 und bei den Sattlern und Tapezierern mit 20,8 v. H.

Trotz dieser gewaltigen Arbeitslosigkeit hat das Reichsarbeitsministerium über unseren Antrag auf Wiedereinführung der Krisenfürsorge noch immer nicht entschieden. Wir wissen nur, daß bei den Arbeitsämtern Umrufen über den Umfang der Arbeitslosigkeit in der Gärtnerei vorgenommen werden. Wir erneuern unser Begehren vom Jahre 1923, die Statistik für unseren Beruf von der Landwirtschaft getrennt zu führen. Durch diese Maßnahme wäre eine ständige und einwandfreie Übersicht jederzeit möglich.

32,2 Proz., der gärtnerischen Fortbildungsschulen nur 18 Proz. Die Kreise trugen 45 bzw. 53,2 bzw. 8 Proz. Die Gemeinden 10 bzw. 5,8 bzw. 43 Proz. Durch Schulbeiträge und Schulgeld wurden gedeckt 10 bzw. 7,3 bzw. 28 Proz.

Diese Zahlen bestätigen von neuem, in welch geringem Maße das Landwirtschaftsministerium (Vertreter des Staates) die gärtnerischen Schulen zu fördern vermag.

Gärtnerkurse in Hannover.

Die städtische gewerbliche Berufsschule V in Hannover hält im Winter 1929/30 folgende Kurse ab: 1. Botanik: Gehölzkunde und gärtnerisches Feldmessen (Fortsetzung des vorjährigen Kursus) Mittwochs 19½ bis 21½ Uhr. Lehrer: Herr Schary; 2. Gemüse- und Obstbau: Düngerlehre Freitags 19½ bis 21½ Uhr. Lehrer: Herr Mauß, Assistent an der Landwirtschaftskammer; 3. Buchführung. Beginn der Kurse: 23. Oktober 1929. Teilnehmergebühr: pro Kursus 5 Rm. Anmeldungen in unserer Geschäftsstelle, Odeonstraße 15—16, I.

Berichte

Obergärtnerschmerzen.

In einer Versammlung des Bundes geprüfter Obergärtner Rheinlands, die am 8. September in Essen tagte, kamen die verschiedensten Enttäuschungen zum Ausdruck. Man glaubte vorstellen zu sollen, daß in den Kreisen der Erwerbsgärtner die ganze Obergärtnerprüfung in Mißkredit stehe, denn es würden doch immer ältere routinierte Kollegen für leitende Stellen bevorzugt, u. E. eine Selbstverständlichkeit. Einem jungen Kollegen, der erst eben die Obergärtnerprüfung bestanden, aber praktisch noch keine Beweise seiner Eignung als leitende Kraft abgelegt hat, vielleicht weil ihm dazu die Gelegenheit gar nicht gegeben war, der wird solange zurückstehen, als ältere und praktisch Erprobte zur Verfügung stehen.

Es ist ja genügend bekannt, daß die meisten der Obergärtnerprüfungskandidaten mit dem roten Optimismus in die Prüfung steigen, mit dem Zeugnis auch gleich die Anwartschaft auf eine Obergärtnerstelle zu erhalten, wobei sie sich die Sache wohl noch so vorstellen, daß einige Dutzend solcher Stellenangebote zur gefälligen Auswahl auf den Landwirtschaftskammern stets ausliegen.

Der so ganz nahe liegende Gedanke, daß je mehr „Geprüfte“ sich um Obergärtnerstellen bewerben, sich anbieten, desto mehr sich das Bild zu ungunsten der Geprüften und der Obergärtner überhaupt verändert, kommt ihnen also reichlich spät.

In jener Versammlung war man nun der Meinung, daß der Obergärtnerprüfung zu höherem Ansehen verholfen werden müßte. Das verspricht man sich von einer Erhöhung des Mindestalters der Prüfungskandidaten. Eine neue Illusion.

Das Ansehen der Prüfung hängt von den Anforderungen ab, die an die Prüflinge gestellt werden. Ein Mensch, der in jüngeren Jahren schon den Reifegrad erreicht, den die Prüfung voraussetzt, gewinnt dadurch an persönlichem Ansehen. Es handelt sich also gar nicht um das „Ansehen der Prüfung“, sondern um das Ansehen der betreffenden Menschen — als eine gewisse Gruppe in bestimmter Berufsstellung. Und dieses Ansehen gewinnt man sich nicht durch Klagen, sondern durch Taten, durch ein Ringen um die Anerkennung. Das wird den „Geprüften“ durch ihre kleine, ohnmächtige Sonderorganisation am Bändel der Unternehmer nicht gelingen.

Rauchverbot in Gärtnereibetrieben.

Die nachfolgenden Schilderungen stützen sich auf Beobachtungen, die ich in Baumschulbetrieben in den letzten 4—5 Jahren angestellt habe. Wie es in andern Zweigen des Gärtnereigewerbes mit dem Rauchverbot aussieht, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber wahrscheinlich liegen die Dinge ebenso.

Ganz allgemein wird in holsteinischen Baumschulen jedem, der beim „Schmökern“ während der Arbeitszeit angetroffen wird, mit Entlassung gedroht, mit der Begründung: „Das Rauchen behindert die Arbeit.“ Einmal hörte ich sogar sagen: „Wenn der Hund frisst, dann kann er nicht bellen.“ Solche Verweisungen zeigen nur zu deutlich, daß von Seiten der Chefs noch keine Nachforschungen stattgefunden haben, die diese Worte bestätigen könnten. Meist sind sie selbst leidenschaftliche Raucher, auch die Obergärtner, die aber wohl oder übel mit „gutem Beispiel“ vorangehen müssen. Einige kenne ich zwar, die doch bei jeder Gelegenheit ihr Pfeifchen brennen haben.

Kann man es schließlich einem „Krauter“ verdenken, der neun bis zehn Stunden täglich im Freien beschäftigt ist, wenn er sich doch diesem Genusse hingibt. Ich meine nicht. Fast jeder Gärtner raucht mehr oder weniger stark und im besonderen gehört Pfeife und Tabak neben Messer und Scheere zum „eisernen Bestand“ eines Baumschullisten.

Doch zum Kern der Frage: Wirkt das Rauchen tatsächlich auf die Arbeit hindernd ein? Bei Zigaretten oder Zigarren mag das der Fall sein; nie aber bei Verwendung einer Pfeife. Es gibt außer dem Okulieren keine Baumschularbeit, die die Pfeife verbietet. Geht nicht jeder Arbeitnehmer freudiger und fleißiger ans Werk, wenn seine „Piepe“ brennt. Ich wage zu behaupten, daß bei Beseitigung dieses Zwanges mehr geschafft wird, was mir öftere Fälle bei völliger Abwesenheit der Vorgesetzten klar und deutlich bewiesen haben.

Es ist doch ganz klar. Ist die Luft „rein“ so wird geraucht, ist sie das nicht, wird genauso viel geraucht. Der „echte“ Raucher läßt sich eben durch nichts davon abbringen. Der Haken ist doch der. Das dauernde „Aufpassen“ bedeutet für den Vorgesetzten einen nicht zu unterschätzenden Zeitverlust. Prüfe jeder, ob das nicht stimmt.

Profitgäunerei auf Kosten der Allgemeinheit.

Aus den Reihen unserer Arbeitgeber wird in steigendem Maße dagegen gewettet, daß „mit Mitteln der Allgemeinheit kommunalwirtschaftliche Experimente gemacht“ werden. Aber sie haben nichts dagegen, im Gegenteil, sie fordern es sogar, daß mit Mitteln der Allgemeinheit privatwirtschaftliche Experimente gemacht werden. Ein Beispiel aus Trier:

Die dortige Gemüsebaugenossenschaft betreibt eine Umsiedlung von Gärtnern in Verbindung mit der Errichtung von Frühgemüsetreibanlagen. Die Stadtverwaltung ist zu großem Entgegenkommen bereit. Aber die betreffenden Unternehmer stellen folgende Bedingungen: Das Land soll bei Erbpacht während der fünf ersten Jahre pachtfrei zur Verfügung gestellt oder bei Kauf soll der Verkaufspreis während dieser Zeit zinslos gestundet werden.

Nach Ablauf der fünf Jahre schlagen die Gärtner pro Morgen 35 Rm. Pacht vor und weitere 35 Rm. als Anzahlung für den späteren Erwerb. Dieser Modus müsse, so erklären die Gärtner, gewählt werden, weil sich unter den Interessenten junge Gärtner befinden, denen aber im Augenblick Geld fehlt, um das Land sofort zu erwerben.“

Außerdem werden noch Kredite zum Bau der Treibanlagen verlangt.

So also sieht die Moral unserer Unternehmer aus. — Die Mittel der Allgemeinheit, zu denen sie gut wie nichts beitragen auf Grund der Vorteile landwirtschaftlicher Steuergesetze, verlangen sie in unerhörter Selbstsucht für ihre privatkapitalistischen Zwecke.

Es wäre ein Skandal, wenn die Stadt Trier solcher Profitgäunerei auf Kosten der Allgemeinheit als Handlanger dienen würde.

Bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird es Aufgabe der Arbeiterschaft sein müssen, dafür zu sorgen, daß solche Zumutungen, wie sie die Trierer Gemüsegärtner glaubten, sich erlauben zu dürfen, künftig in jedem Falle abgewiesen werden.

Beschelnigte Übertreibungen.

Die ostpreussischen Gartenbauern hatten s. Z. die Frostschäden ganz besonders übertrieben dargestellt. Wir wissen warum. Man spekulierte auf die Mittel der Allgemeinheit, wollte gleichzeitig verhüten, daß sie für gemeinwirtschaftliche „Experimente vergeudet“ werden. Darum wurde gelogen, daß sich die Obstbäume bogen, die angeblich zu 85 Prozent durch den Frost vernichtet waren. Die reiche deutsche Apfelernte hat längst den Schwindel widerlegt.

Aber auch der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den „Garten-Bauern“ ihre schwindelhaften Übertreibungen beschönigt durch folgendes Schreiben:

„Nach dem Ergebnis der von der zuständigen Landwirtschaftskammer bisher angestellten Erhebungen erreichen die durch den letztjährigen Winterfrost hervorgerufenen Verluste an Obstbäumen in der Provinz Ostpreußen erfreulicherweise nicht den Hundert-

satz von 85 Prozent. Der Ausfall beträgt bei vorsichtiger Berechnung etwa 60 Prozent.“

Zweifellos ist bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Landwirtschaftskammer und dem Reichsverband der Gartenbauern die Abschätzung noch reichlich günstig ausgefallen.

Es ist also wirklich ein großzügiges Entgegenkommen, wenn der Minister dennoch Mittel aus dem landwirtschaftlichen „Notprogramm“ und aus der „Ostpreußenhilfe“ zur Verfügung stellt.

Obst- und Gemüse-Konservenfabrik Dreiring.

Die Rudolf Karstadt A.-G.-Hamburg beabsichtigt, im Anschluß an ihre sonstigen umfangreichen Geschäfts- und Fabrikunternehmungen eine neue Obst- und Gemüsekonservenfabrik zu errichten. Das Werk wird im westlichen Teile Braunschweigs auf dem Gelände des Thomaestiftes errichtet werden. Die Verhandlungen darüber sind jetzt so gut wie abgeschlossen. Das Unternehmen wird Dreiring G. m. b. H., Braunschweig, firmieren und fast ausschließlich die Lebensmittelabteilungen der Karstadt'schen Warenhäuser und der Einheitspreisgeschäfte (Epa) des Karstadt-Konzerns beliefern. Der neue Fabrikkomplex soll auf das modernste und mit allen technischen Neuerungen auf Fließarbeit am laufenden Bande eingerichtet werden.

Max Knopff.

Rundschau

Leipart schwer verunglückt.

Die Kollegenschaft der freien Gewerkschaften wurde am Montag, dem 14. Oktober, durch die Nachrichten der Tagespresse erschreckt, daß Kollege Leipart, der Vorsitzende des ADGB., einen schweren Autounfall erlitten hat. Er fuhr im Auto des Direktors Bachem von der Arbeiterbank gemeinsam mit diesem zum Büro, als infolge eines Wellenbruchs das Unglück geschah. Leipart erlitt einen Schädel- und Schenkelbruch, während sein Begleiter mit leichteren Verletzungen, der Chauffeur heil davon kam. Den bis zum Redaktionsschluß vorliegenden Nachrichten zufolge ist aber zum Glück eine langsam fortschreitende Besserung in Leiparts Befinden zu verzeichnen.

Großbanken-Zusammenschluß.

Ein Ereignis von großer wirtschaftlicher Tragweite ist in der deutschen Bankwelt ziemlich unerwartet vor sich gegangen. Am 26. September machten plötzlich die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft bekannt, daß sie sich beide zusammenlegen. Hier vereinigen sich zwei Finanzmächte, die nach dem Zusammenschluß über ein Aktienkapital von 28 Millionen Reichsmark und über 28 Prozent der Gesamteinlage aller deutschen Aktien-Kreditbanken verfügen werden.

Das nun gebildete Großunternehmen wird in allen wichtigen Städten seine Stützpunkte haben und darauf bedacht sein, sich seiner Größe entsprechend noch weiter auszubauen, aber auf der anderen Seite auch die Rationalisierung weiterzutreiben, wodurch wahrscheinlich von den 20 000 Angestellten dieses Betriebes noch manche Opfer dieser Maßnahme sein werden. Diese Zusammenballung der stärksten Finanzkräfte ist von symptomatischer Bedeutung. Sie erfolge, weil nach allen Anzeichen die Banken mit den Industriellen den Kampf zur „Rettung der deutschen Wirtschaft“ für den Kapitalismus in der nächsten Zeit mit aller Schärfe aufzunehmen gedenken. Sie werden sich aller Mittel bedienen und dabei auch die Arbeiterschaft nicht schonen, deren politische Festigung im Staat ihnen ein Greuel ist.

Für die deutsche Arbeiterschaft ist die Bank-Fusion ein Mahnzeichen, das beachtet werden muß.

Internationaler Kongreß der Kleingartenverbände.

Essen, die in Gärtnerkreisen in diesem Jahre wohl am meisten genannte deutsche Stadt, sah in den Septembertagen auch den Zweiten internationalen Kongreß der Kleingartenverbände. In den 13 Nationen, die vertreten waren, werden rund eine Million Kleingärten gezählt, in denen Lebensmittel im geschätzten Werte von eine Milliarde Mark erzeugt werden.

Der 1. Vorsitzende des deutschen Verbandes, Förster-Frankfurt a. M. führte unter starkem Beifall aus: Kleingärten seien neutraler Boden für den friedlichen Wettbewerb aller Nationen. Die Kleingärtner seien nicht damit einverstanden, daß sich die Völker immer und ewig wie kleine Kinder gebärden, die von Zeit zu Zeit ihre schönsten Spielsachen zerschlagen müßten. Sie verlangten eine verständige Pflege der Beziehungen auf dem Boden des Rechtes und der Gerechtigkeit. Ihr Wahlspruch sei: „Dienen und einen“. Ministerialrat Dr. Kaissenberg sprach über „Die Grundlagen des Kleingartenwesens“, Rektor Förster über „Die Finanzierung der Dauerkolonien“, die öffentlichen Grünanlagen gleichzustellen seien. Gartendirektor Korte-Essen hielt einen durch Lichtbilder unterstützten Vortrag über „Gartentechnische und schönheitliche Gestaltung der Kleingartenkolonien“. An den Völkerbund wurde eine Adresse gesandt, in der dessen Aufmerksamkeit auf die soziale Bedeutung der Kleingartenbewegung gelenkt und um seine Unterstützung gebeten wird.